

Erscheint in Leipzig
Wien, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
Zwölf Monate 1 Mk. 50 Pf. pro
Semester.
Einzelnummern
werden bei allen deutschen Postämtern
nach dem 2. und 3. Monat, und auf dem
2. Monat bezogen und angenommen; im
Folge nach dem 4. und 5. Monat, nach dem
Schlusszahlung auch auf den 6. Monat
des Currents à 54 Pf.
Inserate
für 200 Exemplare pro Blatt 10 Pf.
für 500 Exemplare pro Blatt 20 Pf.
für 1000 Exemplare pro Blatt 30 Pf.

Vorwärts

Verlagungen
nachdem an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditoren.
New-York: Geo. Benz. Rosen-
felds-Buchdruckerei, 154 Eidgeide Str.
Philadelphia: V. Sch., 620 North
7th Street.
S. Wash., 1129 Charlotte Str.
Boston N.Y.: J. B. Perry, 213 Wash-
ington Str.
Chicago: J. Schumann, 74 Clybourne-Ave.
San Francisco: G. Hill, 418 O'Farrell Str.
London W.: G. Day, 6 New St.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 17.

Sonntag, 10. Februar.

1878.

Der deutsche Reichstag

Ist am 6. Februar durch eine höchst düstere Thronrede eröffnet worden. Dieselbe fordert vom Volke sehr viel und verspricht demselben sehr wenig.

Mit Ausnahme des Gesetzentwurfs die Verfassung der Lebensmittel betreffend und der in ihrer Wirkung höchst fraglichen Strafbestimmungsverhäufungen bei Einschleppung der Rinderpest sind alle eingebrachten Gesetzentwürfe entweder abso- lut volksfeindlich oder ziemlich überflüssig. Steuererhöhungen, ein höchst reaktionäres Anwaltsgesetz, ein Gesetzentwurf die Stellvertretung Bismarcks betreffend, der neben der Erhöhung der indirekten Reichssteuern einen starken Schritt zur völligen Ver- russifizierung Deutschlands bedeutet, eine sehr mangelhafte Ge- werbegeheuvolle, die wir schon im „Vorwärts“ einer eingehenden Besprechung unterzogen haben, Klagen über die noch immer fortbauende unglückliche Lage der allgemeinen Verkehrsverhält- nisse, für die man außer den Abänderungen des Gewerbegesetzes keine Abhilfe zu wissen scheint — Alles das wird uns in der Thronrede aufgetischt. Wir aber bedanken uns vor solchen wenig schmachhaften Gerichten, deren Genuß bewirkt, die Kraft des Volkes noch mehr zu untergraben.

Dann berührt die Thronrede noch die orientalische Frage und leistet folgenden Passus:

„Meine Herren! Bei der Eröffnung des vorjährigen Reichs- tags war die Erwartung noch nicht ausgeschlossen, daß die tür- kische Regierung aus eigener Entschlossenung zur Ausführung der Reformen Schreiten werde, über welche die europäischen Mächte sich auf der Konferenz in Constantinopel geeinigt hatten. Diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen: Seine Ma- jestät der Kaiser hofft jedoch, daß nunmehr ein baldiger Friede die Grundzüge jener Konferenz zur Anwendung bringen und dauernd sicher stellen werde. Die verhältnismäßig ge- ringere Betheiligung der Interessen Deutschlands im Orient gestattet für die Politik des Reiches eine ungenügende Mitwirkung an der Verständigung der betheiligten Mächte über künftige Garantien gegen die Wiederkehr der Wirren im Orient zu Gunsten der arabischen Bevölkerung. Inzwischen hat die von Seiner Majestät dem Kaiser vorgezeichnete Politik ihr Ziel bereits insofern erreichen können, als sie wesentlich dazu mitge- wirkt hat, daß der Friede zwischen den europäischen Mächten er- halten worden ist und zu ihnen allen Deutschlands Beziehungen nicht nur friedliche, sondern durchaus freundschaftliche geblieben sind und mit Gottes Hilfe bleiben werden.“

Der armen Türkei wird die ganze Schuld an dem schred- lichen Kriege aufgebürdet, während des blutig-milden „Väter- chens“ keinerlei Erwähnung geschieht. Die Erwähnung desselben aber wird nicht ausbleiben bei der ersten besten Gelegenheit, die sich im Reichstag zeigt, und wahrscheinlich wird dabei auch ein Sozialist zu Worte kommen, der der deutschen Reichsregierung die Wäste lüftet und dem Volke ein Sozialengesicht zeigt.

Bei der Budgetberatung wird der Erhöhung der Za- kaksteuer und der Erhebung von Reichsstempelabgaben in gebührender Weise gedacht und soll bei der Gelegenheit ein Antrag eingebracht werden dahin zielend, daß jede neue Steuer und jede Steuererhöhung der Genehmigung des Volkes durch Urabstimmung bedarf.

Der Gesetzentwurf die Stellvertretung des Reichs- kanzlers betreffend wird uns die Rationalliberalen in ihrer ganzen Glorie mit ihrem „oppositionellen“ fortschrittlichen Schwanz zeigen — wenn nicht der Bundesrath durch Ab- lehnung der Bismarckschen Omnipotenz dem Rational-Servilismus einen Strich durch die Rechnung macht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden das in der vorigen Session in der Commission begrabene Arbeiterschutz- gesetz wiederum mit einigen unwesentlichen Abänderungen ein- bringen. Die von der Regierung vorgelegte Gewerbegeheuvolle wird sozialistischerseits ausgiebig amendirt und in seinen reakti- onären Bestimmungen energisch bekämpft werden.

Ein Antrag auf Abänderung des Haftpflichtgesetzes in so weit, daß nicht nur bei dem Eisenbahnbetrieb, sondern auch beim Bergwerk- und Fabrikbetrieb der Schuldnachweis vom Unternehmer beizubringen ist und der die Aufnahme des landwirthschaftlichen Maschinenbetriebs und des Bauwerks in den Schuß dieses Gesetzes bezweckt, wird in nächster Zeit von Seiten der Sozialdemokraten gestellt werden.

Ferner wird eine Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag bezweckt, damit die schon bestehenden Einschränkungen fallen; dies halten die Sozialdemokraten angesichts der vielfach geplanten Beschränkungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts besonders für ihre Pflicht.

Die so ungemein ungerechte Steuerbefreiung der Mil- itärpersonen von den Communallasten soll beseitigt wer- den. Oder ist es recht, daß zum Beispiel die Generale und Offiziere auf dem Reittweg „Unter den Linden“ in Berlin den Staub den Steuern zahlenden Bürgern ins Gesicht wirbeln, und daß die Steuergroßen der mit Staub traktierten Fußgänger diesen Reittweg im Stand halten, ohne daß die Herren Offiziere dazu etwas beitragen? Ein Scandal ist es, daß die Generale selbst von ihrem Privatvermögen, von ihren Dotationen keine Communallast zu entrichten haben.

Der ungeheuerliche Fall Vooff ist die Veranlassung gewor- den, einen Antrag auf Abänderung der Bestimmungen des Unterstufungswohnhauses zu beantragen, damit einzelnen deutschen Staaten, die sich darin gefallen, Personen, welche wegen politischer Vergehen im Gefängnis waren und nicht den Unterstufungswohnhaus an dem betreffenden Orte hatten, auszu- weisen, endlich einmal dieses Handwerk gelegt wird.

Und schließlich wird der Versuch gemacht, die Verfassung zu

ändern in der Art, daß kein Reichstagsabgeordneter ohne Genehmigung des Reichstags während der Session ver- haftet oder in Haft gehalten werden kann.

Demnach stehen also lebhaftere Debatten bevor. Und wenn auch dieser Reichstag in seiner Majorität für das Volk und dessen Wohl nicht eintritt, so wird die Diskussion doch dazu dienen, manche Schäden aufzudecken und immer weitere Aufklä- rung in das Volk zu tragen, die nothwendig ist, um dasselbe zu veranlassen, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Aus Frankreich.

Die Redaktion des „Vorwärts“ hat folgenden Brief erhalten: „Paris, 23. Januar 1878.

Ich unterbreite Ihnen hiermit einige Bemerkungen über ju- nger politische Lage in Frankreich. Ich denke, daß Sie dieselben mit der nämlichen Freundlichkeit aufnehmen werden, wie die früheren.

Sie kennen die Thatfachen, welche sich seit dem 16. Mai 1877 bei uns zugetragen haben. Die ultramontane Partei hat das, was von Bonapartisten, Legitimisten, Orleanisten, mit einem Wort alles, was von eingestanden Reaktionen in Frankreich aufzutreiben war, zu Hilfe gerufen; die Kammer der Abgeordneten wurde aufgelöst. Die Neuwahlen fanden am 14. Oktober statt. Das Volk hat viele Leute in die Versammlung geschickt, welche sich Republikaner nennen. Scheinbar war damit die Reaktion geschlagen. Ich sage scheinbar, denn in Wirk- lichkeit hat sie triumphirt. Ich will mich näher erklären.

Für den, der den Dingen auf den Grund geht, gibt es vom sozialistischen Gesichtspunkt nur zwei Klassen von Individuen: diejenigen, welche ernstlich die Prinzipien der Revolution anzu- wenden und zu verwirklichen bestrebt sind, und diejenigen, welche die Existenz der alten gouvemementalen, administrativen, Bour- geois-, Cäsaren- und Despotenwelt fortdauern sichern wollen. Da gibt es einerseits Revolutionäre, Sozialisten, ehrliche Republi- kaner — und andererseits Opportunisten (Rechnungsträger), Heuchler und Egoisten.

Die Bonapartisten wollen herrschen mit Napoleon, die Or- leanisten mit einem Prinzen von Orleans, die Legitimisten mit dem Grafen von Chambord, die Gambettisten wollen herrschen mit Gambetta. Bonaparte, Orleans, Chambord, Gambetta . . . das sind die Namen der wirklichen Feinde der französischen Re- publik und folglich auch der Welt-Republik.

Es ist eine handgreifliche Thatfact, daß der Bonapartismus, der royalistische Legitimismus, der Orleanismus nur verschiedene Formen der Knechtschaft sind. Man braucht das nicht zu be- weisen — man constatirt es einfach.

Ich will in diesem Briefe mich ganz besonders mit der neuen Form des Despotismus: dem Opportunismus, oder wenn Sie wollen, den Gambettismus beschäftigen, so genannt nach dem Namen des Mannes, der das nichtwürdige (ignoble) System des Aufgebens des republikanischen Gewissens verbreitet hat und fortwährend verbreitet.

Es ist Zeit, hohe Zeit, daß die großen Geister Europas, daß die Philosophen, welche die Dinge aus einem hohen Gesichts- punkt anschauen, daß die Denker, welche von ihrer Studirstube aus den Weg des menschlichen Geistes verfolgen, daß die Sozia- listen Deutschlands, der Schweiz, Belgiens, . . . es ist Zeit, daß alle Intelligenzen der revolutionären Welt es wissen, daß Paris, Lyon, Marseille u. s. w. die Herde der Emancipation, der Frei- heit und der Gleichheit sind. Die Erben der Giganten von 1793 werden alle Herrschaften zerbrechen, welcher Art sie auch seien, weil sie sich selbst beherrschen wollen. Diese unumstöß- lichen Prinzipien werden, was auch immer geschehen mag, auf unjerner Boden Vertheidiger finden. Ihr Ausländer, wir bitten Euch, beurttheilt die wirkliche französische Demokratie nicht nach einem Menschen, der neuerdings erst einem Könige: Viktor Ema- nuel, seine Huldigungen darbrachte. Die Demokratie ist die Freundin der Kaiser und Könige und sie stößt die Sklaven, welche sich vor ihnen krümmen, von sich.

Es muß festgestellt werden, daß seit dem Sturze des Kaiser- reichs, seit dem gänzlichen Sturz Napoleons III. bei Sedan, seit dem 4. September, sich das republikanische Frankreich unter dem Eindruck einer großen Duperie (Betrug) befindet, und diese Du- perie heißt Gambettismus. Viele Bürger (citoyens) waren so froh über das Verschwinden des Kaiserreichs mit seinen Duhle- rinnen, seinem Senat, seinem gesetzgebenden Körper, daß sie dar- über etwas sehr Wichtiges vergaßen: daß das Gehirn der Män- ner des 4. September in Bezug auf das soziale Gebiet leer war, ganz leer. Auch die neuen Herren, Gambetta an der Spitze, waren nicht im Stande, dem Volke die Freiheit zu geben. Und gerade heute, heute mehr als jemals, treten Gambetta und seine Freunde als die Apologeten (Vertheidiger) der Einrichtungen des Kaiserreichs auf, weil sie Apologeten der Gewalt sind. Es ist richtig, Gambetta und seine Freunde wollen nicht das persön- liche Kaiserthum, aber im Grunde genommen haben sie kein an- deres Programm, als das Cäsars, und dieses Programm läßt sich zusammenfassen in die Worte: herrschen, befehlen, die Gewalt haben!

Nun gut! Ich sage aber, die Betrügerei muß aufhören; ich sage, das Volk muß aus seinem Schlummer aufwachen, die So- zialisten aller Länder müssen uns helfen, die Nachahmer Cäsars zu stürzen; ich sage: es ist nothwendig, auf den Sturz der- jenigen Persönlichkeit hinzuwirken, in welcher die Bourgeoisie verkorrupt ist, eine Persönlichkeit, welche anfangs die Rolle des Brutus spielen wollte und die gegenwärtig der dienstfertige Hü- ling von Prinzen und Fürsten ist.

Herr Gambetta, den ich aus sehr triftigen Gründen als den

größten Feind der Republik betrachte, hat seine politische Lauf- bahn damit begonnen, ein Programm zu unterzeichnen: das von Belleville, von dem er sicherlich niemals ein Wort verstand: oder ehrlich gemeint hat. Alle Handlungen des Herrn Gam- betta schlagen diesem Programm, welches sicherlich wenigstens einiges Gute hatte, geradezu ins Gesicht.

Es genügt zu sagen, daß Herr Gambetta heute so tief herab- gestiegen ist, daß er den Vertheidiger der Armee und einer Staatskirche spielt. Ehemals forderte er die Unterdrückung der Armee und nannte sich einen Freidenker. Die Thatfachen drücken diesen Mann zu Boden, der berufen war, eine schöne Rolle in der revolutionären Bewegung zu spielen, welche die Welt mit sich fortzieht.

Er hat nichts verstanden von dieser Bewegung. Herr Gam- betta will einen Staat, der sich auf die Armee, auf den Clerus, auf Magistrate und auf die Administration (Bureaucratie) stützt. Napoleon III. wollte ganz dasselbe und nichts anderes. Gambetta wohnt in der Magdalenakirche einem Lobengottesdienste zu Ehren Victor Emanuel's bei — welche ein Freidenker! — Er verlangt, daß man eine Fahnenweihe für die Armee veranstalte — welche ein Sozialist!

Man denke sich Robespierre oder Danton bei einer Messe für das Seelenheil Ludwigs XVI.!

Wie die Zeiten sich geändert haben!

Sie sehen, die Reaction hat bei den Wahlen vom 14. Ok- tober einen gründlicheren Triumph gefeiert, als selbst wir es auf den ersten Blick glaubten. Sie hat von den „Gemäßigten“ nichts zu fürchten. Der Clerus wird vom Gambettismus ebenso bezahlt und angebetet werden, wie unterm Kaiserreich.

Noch einige Betrachtungen. Nächstens wird in Paris die Weltausstellung eröffnet werden. In dieser Ausstellung, die man das Fest des Friedens nennt, werden die Könige und Königinnen der civilisirten Welt kommen. Die Bourgeoisrepub- lik, die auf uns laitet, wird verschwenderisch glänzende Em- pfangsfeierlichkeiten für das ganze Veronal der Höhe veran- stallen, für die Hoffdamen, für die Gesandten, für die Minister. Die Ausbeute des Volkes werden Vergnügungen aller Art, die Lasterlichkeiten, welche das über erwordene Geld gewährt, sich ver- vielfältigen sehen. Wie ich gestern an meine belgischen Freunde, die Sozialisten von Gent, schrieb, wird man bei diesem soge- nannten Friedensfeste sehen, wie die Freitreppe der Oper ihr elektrisches Licht auf gekrönte Häupter wirft, unter ihnen Herr Leon Gambetta in großer Gala. Man wird ein lustiges Leben führen. Die Courtisanen (Soubretten) werden glänzende Ge- schäfte machen wie am Ende des Kaiserreichs. Da kommen die Ballen, die Corfas, die Soupers, kurz alle die Vergnügungen einer Zeit des Verfalls.

Und während diese Orgien hier vor sich gehen, werden draußen, weit weit draußen über den Meeren in der Hölle von Gale- donien die „politischen Verbrecher“, die Märtyrer des Volkes fortzubanden und leiden und, des Hoffens müde, den Tod herbei- wünschen. Da drüben werden die Sebeine Maroteau's, dieses Dichters und Journalisten bleiben. Da drüben wird der tapere Trinquet in seiner Erinnerung die Höhen von Belleville vor- überziehen sehen, falls nicht auch er schon ins Grab gebettet wurde.

Die Gedächtnen, welche die Gräber der Fremde bevölkern, werden fern vom heimathlichen Boden bleiben. Rochefort, Vallès, Kazoua, Bindy, Arthur Arnould und die andern alle, sie werden vergeblich immer von neuem den Wunsch hegen, das Volk der Vorstädte, die Säule des Bastillenplatzes wieder zu sehen . . .

Und man wird schnell bei der Hand sein und uns sagen, daß der Wind jetzt in der Richtung der Eintracht weht, daß wir das Vergangene vergessen müssen, daß die Republik begründet ist. Herr Gambetta wird die Vertagung der Kammern durch- setzen, um nicht durch die Politik die Verdauung der Besucher der Weltausstellung stören zu lassen.

Auf also! Weg mit den Beträgern, die uns von Vergessen reden! Nein, gar nichts wird vergessen! Nein, wir freuen uns nicht auf diese Ausstellung, welche von Nichts Zeugniß ablegen wird als von der Ausbeutung des Proletariats!

Auf die Weltausstellung von 1869 folgte der Krieg mit Deutschland, und der Krieg endete mit dem Sturz der kaiser- lichen Dynastie.

Ich fürchte sehr, daß auf die Ausstellung von 1878 andere, noch schredlicherer Katastrophen folgen werden. Denn nicht ungestraft wird das Menschenrecht verletzt. Die Gerechtigkeit erzeugt, um das Gleichgewicht wieder herzustellen, unvorhergesehene und un- geheuere Erschütterungen. Es ist unmöglich, daß der gegenwärtige Stand der Dinge von Dauer sei. Es ist unmöglich, daß wir noch viel länger diese Erniedrigung, diesen Verfall der republi- kanischen Idee erdulden. Wir Sozialisten, die wahren Söhne der Revolution, die wir ein nettes, klares und deutliches Pro- gramm haben — wir hätten alles zu gewinnen gehabt bei einer zweiten Kammerauflösung seitens Mac Mahons. Wir hätten von einem neuen Wabgang den Vortheil gehabt, eine segensreiche Agitation ins Werk setzen zu können. Mac Mahon ist zurückgewichen, hat vorichtig nachgegeben — wir haben von der Majorität der Ver- sailler Versammlung, die sich republikanisch nennt, nichts zu er- warten.

Zwischen den Rechnungsträgern und Gambettisten einerseits und den sozialistischen Republikanern andererseits gibt es nichts Gemeinsames. Wir befinden uns mit ihnen in keinerlei Einvernehmen, weder in Bezug auf den Zweck und das zu er- reichende Ziel, noch in Bezug auf die anzuwendenden Mittel. Sie wollen die Personen wechseln, sie wünschen Stellen; wir, wir wollen die Institutionen ändern. Sie wollen die

bonapartistische Legende von der Autorität und der Macht fort-
setzen: wir wollen dieselbe bis auf die Wurzel austrotten.

Aus alledem ziehe ich den Schluß, daß die Sozialisten mit
den Gambettisten einen Krieg ohne Waffenstillstand und ohne
Gnade auf dem Felde der Prinzipien führen müssen. Es ist
notwendig, sie unaufhörlich und immer von neuem vor dem
Volk zu entlarven, sie vor demselben anzuklagen, überall, in
den Städten, auf dem Lande, in Frankreich und im Ausland.

Die Demokratie muß begreifen, daß eine große Reinigung
notwendig ist, und daß in unserem Lande, ebenso wie in
allen andern Ländern, die Republik, so lange als eine Stimme
ungekräftigt für die Verteidigung der Gewalt sich erheben kann,
wie es Herr Gambetta neulich in Marseille gethan hat, daß die
Republik dann, weit entfernt begründet zu sein, noch nicht ein-
mal vorbereitet ist.

Für heute schreibe ich meine Betrachtungen, wiewohl sie noch
unvollständig sind. In einem nächsten Brief mehr.
Der Ihrige in der gerechten Sache
Hippolyte Buffenoir.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Orientalische Frage. Heute nur die Notiz, daß in
der Presse jetzt die Konferenz zur Ordnung der Orientangelegen-
heiten als gesichert angesehen wird, zu der Oesterreich die bethei-
ligten Mächte nach Wien geladen hat. Das Spiel der Diplo-
maten nimmt somit von Neuem seinen Anfang. Mit Bedauern
sehen wir nun die unglückselige Stellung Deutschlands klar zu
Tage treten, welches zwischen Rußland und den Westmächten
eingeklemmt naturlicher Weise in einer keineswegs festen und klaren
Lage ist. Die vielgerühmte „Politik des freien Hand“ ist, wie die
Umstände ja deutlich lehren, also gänzlich in die Brüche ge-
gangen. Unsicherheit und Unklarheit ist die Signatur der aus-
wärtigen Politik des deutschen Reiches. Keugierig darf man
sein, ob auf die von den sozialdemokratischen Abgeordneten an-
gereizte Interpellation vom Regierungstisch im Reichstag das
deutsche Volk endlich eine nur annähernd genügende Aufklärung
über diesen Punkt erhält.

Nachdem Obiges bereits gesagt, wird uns noch geschrieben:
Die Situation verwickelt sich mehr und mehr.
Die russische Regierung hat zwar die europäische Konferenz an-
genommen, aber, nachdem von österreichischer und englischer
Seite Wien als Konferenzort vorgeschlagen, in bräcker Weise
dagegen protestirt und einen anderen Ort gefordert. Wahr-
scheinlich will sie, daß Berlin gewählt werde. Da könnte man
freilich gleich direkt nach Petersburg gehen. In Wien herrscht
unfreutlich große Erbitterung gegen Rußland; Herr Andraffy
meint, daß er „von Zoll zu Zoll“ glücklich in die russische Falle
gefallen ist und daß auf der bevorstehenden Konferenz nicht bloß
über das Schicksal und die Grenzen der Türkei sondern auch
Oesterreichs verhandelt wird. — Den Griechen, die ohne
Kriegserklärung in die Türkei einmarschirt sind, fängt es an,

angst und bang zu werden und sie rufen die europäischen Mächte
um Hilfe gegen ein Bombardement durch die türkische Flotte an.
Mit anderen Worten, sie müthen den europäischen Mächten die
moralische Beteiligung an dem Raubzug zu, was eine tödliche
Beleidigung wäre, wenn — die europäischen Mächte nicht wären
was sie sind. — Inzwischen dauern im englischen Parlament die
Debatten über den Kriegskredit fort; die Opposition zieht die
Fühler vor sich vorwärts ein — das Ministerium Disraeli ist einer
imposanten Majorität sicher. — Frankreich hat eine Flotte
nach den türkischen Gewässern beordert und die russische Re-
gierung neue Aushebungen und Truppenanschübe dekretirt —
so tritt Europa in die „Friedensconferenz!“

— Im preussischen Abgeordnetenhaus herrschte in
einer der letzten Sitzungen wieder einmal eine höchst gereizte
Stimmung. Es war ruckbar geworden, daß die Regierung die
Absicht habe, die Vertagung herbeizuführen, wodurch dann die
ganze bis dahin verfllossene Zeit ohne irgend welche Resultate
geblieben wäre. Windthorst setzte es glücklicherweise durch,
daß wenigstens die Berathung über das Einfuhrungsgezet der Justiz-
geleihe erst zu Ende geführt werden soll ehe die Vertagung
eintritt.

— Comödie! Das Ministerium Auerberg ist ohne Per-
sonenwechsel wieder eingesetzt worden, um den berühmten öster-
reichisch-ungarischen Ausgleich, den es einmal in Angriff genom-
men habe, auch zum Abschluß bringe!

— In Bezug auf die französischen Zustände verweisen
wir auf den in der heutigen Nummer befindlichen Brief Buffe-
noir's. Zur Charakteristik der „republikanischen“ Regierung,
der „neuen Aera“ in Frankreich sei hier erwähnt, daß die Ver-
folgungen der Presse unter Dufaure genau ebenso systematisch
betrieben werden, wie unter seinen unmittelbaren Vorgängern.
On en revient toujours à ses premiers amours. Alte Liebe
roset nicht. Herr Dufaure ist einfach der alte geblieben.

In der französischen Kammer hat sich wieder ein
kleiner Kampf zwischen den Herren Gambetta und Rouher ab-
gespielt, wobei es an gegenseitigen Vorwürfen und Schmähungen
nicht fehlte, die ja zum Theil begründet waren. Die Antwort
der Republikaner auf Rouher's und seiner Freunde Invektiven
ist der Beschluß, die Wahl-Mandatprüfung fortzusetzen, wobei
allerdings die niedrigsten Kränze zum Behuf der Wahlbeeinflussung
an den Tag kamen und verschiedene Cassationen zur Folge
hatten.

— Der Entwurf der Gewerbeordnungs-Novelle, welchen wir
in einer besonderen Beilage unsern Lesern zur Kenntniß brachten,
hat, wie zu erwarten war, den Bundesrath unverändert
passirt, und wird in nächster Zeit dem Reichstag vorgelegt
werden.

Der russische Sozialistenprozeß.

Petersburg, im Februar 1878.

Bevor ich zum Prozeß übergehe, will ich einen Protest, der
auf Seiten der Angeklagten gegen die Prozeßführung erlassen
wurde, anführen. Bei Eröffnung der so lange ersehnten Ge-
richtsverhandlungen Anfangs Oktober v. J. erklärte der Ge-
richtspräsident, Senator Peters, daß der Senat in Abttract
der großen Masse von Angeklagten und Zeugnis sich dahin ent-
schieden habe, alle Angeklagten behufs leichter Orientierung im
Geschäfts-gange der Verhandlungen in 17 Gruppen einzuteilen.

Die Angeklagten, die jahrelang ihre Leiden geduldig ertragen
und nur das Erscheinen vor Gericht schließlich wünschten, nicht etwa
um sich vor des „milden Väterchens“ Henkern zu vertheidigen,
nein! um der ganzen russischen Gesellschaft, dem ganzen russi-
schen Volk ihre reinen und menschenwürdigen Bestrebungen zu
zeigen. Alle Angeklagten waren aber die Senatsentscheidung,
d. h. gegen die Eintheilung in Gruppen, aufs höchste empört.

Der Protest war ungefähr folgenden Inhalts:
„Der Tag unserer Erwartung ist endlich gekommen, und nun
wird die Entlassung! Die vier langen Jahre moralischen und
physischen Leidens waren umsonst! Anstatt eines „Öffentlichen,
eben und gerechten Gerichtsverfahrens“ eine Jahrmarkt-
comödie! Die Angeklagten protestiren gegen diesen Beschluß,
sie nach Gruppen zu vertheilen, denn alle Angeklagten sind doch
eines und desselben Vergehens beschuldigt; sie protestiren weiter
gegen Ausschluß der Öffentlichkeit, gegen Beschränkung der Defe-
silität u. s. w.“

Obwohl — fährt der Protest fort — wir wissen, daß das
zusammengesetzte Richterpersonal aus Gegnern unserer Partei
besteht, erschienen wir dennoch vor Gericht, um nun für unsere
Ideen durch die Presse und Oeffentlichkeit Propaganda zu machen,
der russischen Gesellschaft aber einen Bericht über unsern Eban
und Lassen zu geben und die Niederträchtigkeit der russischen
Regierung vor aller Welt aufzuweisen. Aber unser Bemühen
war umsonst. Sogar den Verteidigern wurde die Bitte, ihnen
einen größeren Platz einzuräumen, rundweg abgeschlagen. Einige
der Angeklagten, die erklären wollten, unter welchen Bedingungen
sie im Saale bleiben wollten, wurden aus dem Saale als Ruhe-
stöcher entfernt. Nach solchem Verfahren seitens des Vorsitzenden
konnten die anderen Angeklagten, mit wenigen Ausnahmen, im
Gerichtssaale verbleiben, und unter Protest gegen diese Willkür
verließen die Weiteren den Saal. Der Präsident erklärte dann
die erste Sitzung für geschlossen, vergah aber den Tag der näch-
sten Sitzung anzuberaumen.

Am 20. Oktober wurden die Angeklagten abermals vor Ge-
richt geführt. Sie erschienen nur, um ihre Nichtbetheiligung an
den Prozeßverhandlungen anzuzeigen. Das Gericht war merkwür-
digerweise zuvorkommender geworden, der Präsident war
höflicher, auch waren einige Stenographen erschienen. Den An-
geklagten wurde eine Nummer des „Regierungs-Anzeigers“
überreicht; diese Nummer verkündigt, daß über die Verhand-
lungen genaue Berichte erscheinen werden. Die Angeklagten
waren ein wenig beruhigt.

Nach zwei Tagen aber brachte der „Regierungs-Anzeiger“
nichts als kurze Notizen über die Verhandlungen und zwar in
folgender Weise: Am 12. wurden die Verhandlungen eröffnet;
folgt Vorlesung des Protokolls, Verhör der Zeugen (folgen die
Namen der Zeugen und Angeklagten) und endlich um 5 Uhr
Schluß der Sitzung. Dazu noch sind diese kurzen Berichte ten-
denziöser Natur. Die Verteidiger werden ihres Vertheidiger-
rechts beraubt, die „Gesehe“ weder von den Richtern noch von
dem Staatsanwalte geachtet. Mit einem Worte, die Regierung

war bestrebt, ihre Niederträchtigkeit und die der Gensdarmen
und des Staatsanwaltes zu vertuschen.

„Wir sahen ein, daß es zwecklos sei, sich an den Verhand-
lungen zu betheiligen. Darin liegt der Grund, warum der
größte Theil der Angeklagten seine Vertheidigung fallen ließ.
Und dennoch, sagen die Angeklagten, sind wir frohen Muthes,
trotz unserer Wehrlosigkeit. Wäre nur die Regierung ihre Lügen
über uns in ihrer Presse verbreiten, möge sie uns nur schimpfen
und verleumden, trotz alledem sind wir auf unsere sozialistische
Gesinnung stolz, und wir erlauben uns die Hoffnung auszu-
sprechen, daß wir, abgesehen von unseren privaten, jedem Men-
schen eigenhümlichen Fehlern, vor den Augen des ganzen Vater-
landes rein dastehen. Unser Vaterland wird einsehen, daß wir
bestrebt waren und bestrebt sind, ihm Rechnung von unserem
Thun und Lassen abzulegen; es kann sehen, daß nicht wir die
Oeffentlichkeit scheuen, sondern unser allgemeiner Feind, die rus-
sische Regierung. Endlich wird es einsehen, daß wir, als man
uns der öffentlichen Vertheidigung beraubt hatte, lieber im Ge-
fängnisse bleiben wollten, als unsere Fahne besteden zu lassen.“

Das der Inhalt des Protestes.
In der Verhandlung vom 20. Oktober bestand das „große“
Publikum aus fünf Mann. Der Angeklagte Myschkin erklärt,
daß er mit denjenigen Angeklagten, die gegen das ganze
Prozeßverfahren protestirt hatten, vollkommen einverstanden sei.
Außerdem, sagt er, ergeht sich der Anklageakt in Verleumdungen
gegen uns.

Der Präsident entschuldigte sich damit, daß der Anklageakt
nicht von Berichten zusammengefaßt ist.

Myschkin: Wir fordern hauptsächlich vollständige Oeffent-
lichkeit und Zulassung des Publikums. Wahr ist es, Sie er-
läuterten in einer vorigen Sitzung, daß das Publikum freien Zu-
tritt haben werde; aber ich bemerke hinter den Richtern einige
leere Stühle, die wahrscheinlich für das sogenannte richterliche
Publikum reservirt sind. Ist das die dem russischen Volk ge-
währte und von unseren Liberalen bejüngene Freiheit? So
was „Oeffentlichkeit“ zu nennen — hiesse das Geseh verhöhnen.

Präsident: Die Oeffentlichkeit ist nicht im Publikum, son-
dern in den Stenographen (!) des „Regierungs-Anzeigers“, der
über die Verhandlungen ausführlich berichten wird.

Myschkin: Die vorliegenden stenographischen Berichte des
„Regierungs-Anzeigers“ sind kurz und unvollständig oder ent-
halten gar nichts. Für uns ist das Eine klar, daß nur dieje-
nigen die Oeffentlichkeit scheuen, die ihre niederträchtigen und
im Geheimen vollbrachten Handlungen verbergen wollen; wir
aber sind von der Rekltheit und Reinheit unserer Sache, voll-
kommen überzeugt. Das eben wissen unsere Freunde und darum
die Furcht vor der Oeffentlichkeit. Komals wiederhole ich —
vollständige Oeffentlichkeit für uns.

Nach diesen Auseinandersetzungen erklärt der größte Theil
der Angeklagten mit den Worten: „Und auch wir! und auch
wir!“ das Einverständnis mit ihrem Genossen Myschkin. Nach
diesem Austritt wich zur Vertheidigung der Zeugen geschritten.

Myschkin ist gegen die Vertheidigung, weil, meint er, die Zeu-
gen, welche für uns günstige Zeugnisse ablegen, Gefahr laufen,
auf administrativem Wege verbannt zu werden. — Ein anderer
Angeklagter wünscht die Nichtzulassung einiger Zeugen aus ganz
andern Gründen, nämlich weil einige der Zeugen als berück-
tigte Spione bekannt sind.

Die zwei folgenden Sitzungen vom 21. und 22. Oktober
wurden mit dem Verlesen des Anklageaktes ausgefüllt. In der
Sitzung vom 24. Oktober, nach Beendigung der Verlesung des
Anklageaktes, erklärte der Präsident, daß der Senat sich doch
dabin ausgesprochen habe, die Angeklagten in Gruppen zu ver-
theilen, denn es sei physisch unmöglich, mit so vielen Angeklag-
ten und Zeugen auf einmal sich zu beschäftigen, und die Angeklag-
ten würden dadurch nicht geschädigt. Diese Erklärung verur-
sachte nicht geringen Lärm unter den Angeklagten und deren
Verteidigern.

— Während der Dauer der Reichstagsession treten
die sozialdemokratischen Abgeordneten jeden Mittwoch Nachmittag
nach der Reichstagsitzung (falls eine solche stattfindet) und an-
dernfalls um 4 Uhr zu einer Fraktionsitzung zusammen.

— Resolution gegen das Pflaferthum. In der am
letzten Dienstag zu Berlin im Handwerkervereins-Saale statt-
gehabten Versammlung, die von 5000 Personen besucht war,
und in der eine Disputation zwischen dem Missionsdirektor
Dr. Wangemann und Genossen Rost stattfand, wurde mit allen
gegen etliche 30 Stimmen nachstehende Resolution gefaßt:

„In Erwägung, daß die dogmatische Religion, die einzig und
allein auf dem blinden, denkblosen und darum auch geistestö-
tenden Wunderglauben beruht, die Entwicklung der die Civilisation
schaffenden Erfahrungswissenschaften und mithin auch die Ent-
wicklung der Civilisation selbst hemmt und nach ihrer Natur
hemmen muß;

in Erwägung, daß die dogmatische Religion den Menschen
zum willenlosen Knecht eines vom Standpunkte der Wissenschaft
nicht anzuerkennenden „himmlischen Gottes“ und der weltlichen
und kirchlichen „gehalbten“ Vertreter derselben auf Erden feierlich
proklamirt;

in Erwägung, daß die dogmatische Religion das natürliche
Streben der Menschen nach irdischem Wohl verwirft, indem sie
ihnen ein nach dem gesunden Verstand entschieden zu verneinendes
„schöneres Leben nach dem Tode“ in einem nicht existirenden
„Jenseits“ verspricht und damit die leibliche und geistige Tyrannei
im wirklichen Leben fördert, und ferner

in Erwägung, daß die sogenannte christlich-soziale Arbeiter-
partei den dogmatischen Wunderglauben mit allen seinen Con-
sequenzen zur Grundlage ihrer Bestrebungen macht:

erklärt die am 5. Februar 1878 zu Berlin im Saale des
Handwerkervereins tagende Volksversammlung die christlich-soziale
Parteiabewegung als einen entschiedenen Rückschritt in das dog-
matisch-barbarische Mittelalter und als einen Schandfleck des
19. Jahrhunderts und

- beschließt, mit allen Kräften dahin zu wirken:
1) daß die vernunftmäßigen Lehren der Wissenschaft und der
auf derselben basirenden Sozialismus sich mehr und mehr
verbreiten, indem sie die unvernünftigen Wunderdogmen
des Aberglaubens vollständig verdrängen;
- 2) daß alle diejenigen, die sich von dem Wunder- und Aberg-
glauben befreit haben, aus der Kirche ausscheiden, um
derselben auf diese Weise die unverdiente moralische und
materielle Unterstützung zu nehmen und
- 3) daß die Schule von ihrem confessionellen Charakter befreit
werde, welche Bestrebung durch den Massenaustritt aus
der Kirche sehr gefördert wird.“

Die Muder-sozialisten.

Die Stöder'schen Hanswurthaden dauern in Berlin
fort. In einer geschlossenen christlich-sozialen Mitgliederversa-

Auf die Frage des Vertheidigers Gerhardt, ob das die
endgültige Entscheidung seitens des Senats sei, erklärte der Prä-
sident, daß dagegen „nichts einzuwenden“ sei.

Noch einige Vertheidiger wollten gegen die Senatsbestim-
mung protestiren, aber sie wurden durch bewaffnete Kosaken von
den Angeklagten getrennt und von ihren Sitzen zurückgedrängt,
was die Angeklagten sehr aufbrachte, so daß ein großer Tumult
entstand und die Sitzung geschlossen werden mußte.

Vor Schluß dieser Sitzung gelang es noch dem Angeklagten
Myschkin, Protest gegen die Behandlung der Vertheidiger und
gegen die Berichte des „Regierungs-Anzeigers“ zu erheben. Er
sagte ungefähr: „Die den Vertheidigern angethane Beleidigung
ist eine Verleumdung aller Angeklagten. Was den „Regierungs-
Anzeiger“ betrifft, so stellen Sie uns so hin, als nähmen wir
von Ihnen Alles gutwillig hin.“

Der Präsident erklärt, daß der richtige stenographische Be-
richt erst nach Beendigung des Prozeßes erscheinen werde.

Myschkin: Wenn wir unschädlich gemacht und in den „Ges-
traalfängnissen“ sitzen, dann können wir die über uns ergange-
nen Verurtheilungen nicht mehr zurückweisen.

Die Verhandlung vom 25. Oktober ist ganz verschieden von
denen der vorhergehenden Tage. Der Gerichtssaal ist leer. Von
den hinteren Stühlen sitzt das Publikum in der Stärke von
zehn Mann. Die erste Gruppe, aus 24 Mann (darunter vier
Frauen) bestehend, kommt zum Vorschein. Die Vertheidiger
wollen abermals gegen die Eintheilung in Gruppen sprechen,
aber sie werden abermals zurückgewiesen, weil ihre Vorstellungen
„unangehörig“ sind.

Einem Vertheidiger gelang es doch, einen Protest seiner Col-
legen vorzulegen. In dieser Eingabe sagen die Vertheidiger,
daß die Eintheilung in Gruppen ungerecht sei, da doch die An-
geklagten fast vier Jahre für ein und dasselbe Vergehen, für
die „revolutionäre Propaganda“, gefesselt haben, und daß der
Anklageakt nicht von Gruppen, sondern von einer einheitlichen
Masse von Staatsverbrechern spricht. Weiter fordern die Ver-
theidiger, daß man jeder Gruppe die Verhandlungen der vor-
hergehenden Sitzungen mittheile. Wir Vertheidiger sind mor-
talisch verpflichtet, alle Gesehe und Vorteile für unsere Klienten
zu fordern.“

Der Staatsanwalt, der russische Tschendorf Gschelowski,
weist mit großer Entrüstung diese Erklärung zurück und macht
den Vertheidigern ungerechte Vorwürfe. Die Vertheidiger pro-
testiren gegen ein solches Verfahren des Staatsanwaltes. Letzterer
fordert den Präsidenten auf, den Vertheidigern einen Verweis
zu geben, weil sie ihn gedroht haben sollen. Der Präsident
tommt diesem staatsanwaltschaftlichen Verlangen nach und bittet die
Vertheidiger, sich gegenüber dem Staatsanwalt zu mahigen.

Nach diesem kleinen Wortgefecht werden die Angeklagten
vorgeführt.

Der Angeklagte Risowkin spricht ganz verworren, weil
seine Gesundheit zerrüttet ist. Er bittet, ihn von den Verhand-
lungen zu befreien, dennoch giebt er zu, daß er zu den Pro-
pagandisten gehöre. Noch sagt er, daß er von vielen Arbeitern
aufgefordert worden sei, sie zu belehren und aufzuklären.

Nach Risowkin kommt Fräulein Perowskaja. Sie weigert
sich, dem Bericht irgendwelche Auskunft zu geben, weil, sagt
sie, ihre Freunde, die Angeklagten, nicht zugelassen werden.

Ein dritter Angeklagter, Rabinowitsch, erklärt, daß er der
russischen sozialdemokratischen Partei gehört und ihre Dreist-
schriften vertheilt habe.

Alle übrigen Angeklagten der ersten Gruppe erklären, daß
sie nur mit Gewalt hierher gebracht worden seien, und daß
keine Antwort geben, auch auf die Vertheidigung verzichten
würden. Wir fordern, daß man uns im Kerker lasse, wo wir
seit 3—4 Jahren sitzen.“

Der Präsident beschließt, alle Angeklagten fortzuführen.
Bemerkenswerth ist die Vertheidigung eines Angeklagten,
Wolschowsky, der schon mehr als 6 Jahre im Kerker — mit
kleinen Zwischenpausen — schmachtet und in Folge dessen sehr

ten
ittag
an
am
fiat-
war,
ektor
allen
und
nden
ation
Ent-
natur
schen
schaft
lichen
erlich
liche
m sic
endes
den
ranet
eiter-
Con-
des
ziale
dog-
des
des
meist
gimes
Über-
um
e un
Befrei-
t and
Berlin
amme
s die
Prä-
esim-
a von
räng-
müll
e glie-
er und
Ge-
igung
ung-
u mit
e Be-
Gen-
ganze
u von
e vor
e vor
ebige
schwen-
lungen
r Col-
idige-
e An-
e für
e de
tliche-
Ber-
vor
e mo-
zenten
s ist
makt
er pre-
echter
erweit-
säfide-
er bi-
n.
Magien
e wöl-
erhand-
n Per-
schreien
weigen-
sohn
n.
er im
Druck
n, de
dass in
firden
vo
Magien
n sein

lung hat Herr Stöcker vor Kurzem das Mögliche und Unmöglich an Lasterlichkeiten und Denunziationen geleistet. Auch den „Vorwärts“ hat er denunziert; das Mittel eines großen organisierten Weltkrieges, welches wir bekanntlich nicht billigen, nennt dieser christliche Denunziant eine Aufforderung zum direkten „Völkerring“. Die Mitglieder der Pariser Commune sind „Verbrecher“; der Mörder Thiers jedenfalls ein christlicher Engel. Stöcker ist mit Lassalle einverstanden in der Forderung, daß dem Arbeiter der größtmögliche Ertrag der Arbeit gewährt werde. So sälscht man Lassalle entweder aus Dummheit oder um Bauernfänger zu treiben. Lassalle hat eine solche Forderung niemals gestellt, Herr Hofprediger! Sie haben deshalb unbewußt in Ihrer Unwissenheit die Unwahrheit gesagt oder bewußt gelogen. Wählen Sie zwischen Beidem, Herr Volkslehrer! Daß der Vorsitzende des christlichen Vereins, Grüneberg, der aus der sozialdemokratischen Partei wegen Verhaltens in seinem Privatleben ausgeschlossen, dem Herrn Stöcker liebend in die christlichen Bruderkasse gesunken ist und nun Hochs auf den Kaiser ausbringt, kennzeichnet die Hofpredigerpartei am Besten.

Selbst liberalen Blättern, die doch sonst alle Angriffe auf die Sozialdemokraten mit Freuden begrüßen, ist die Stöcker'sche Panzurmusterie schnell zuwider geworden. Wir können uns deshalb nicht verlagen, einen diesbezüglichen Artikel der „Magdeburgischen Zeitung“, der die Heberchrist: „Die Madersozialisten“ trägt, hier zum Abdruck zu bringen:

„Wir haben schon wiederholt auf den inneren Widerspruch hingewiesen, der zwischen der fast schrankenlosen Weitherzigkeit besteht, mit welcher in dem Programm des Vereins für Sozialreform die religiöse Grundlage desselben aufgeführt wird, und der verfolgungsfürchtigen Intoleranz, die von einzelnen Mitbegründern dieses Vereins auf kirchlichem Gebiete an den Tag gelegt wird. Dieser Widerspruch scheint sich denn auch innerhalb des kaum begründeten Vereins bereits geltend zu machen, denn die anfangs angeknüpfte Firma des „Vereins für Sozialreform“ ist neuerdings gegen die „Christlich-sozialen Arbeiterpartei“ vertauscht worden und in dem kirchlichen Organe der Hofpredigerpartei, der „R. G. G. Bz.“, wird die christlich-soziale Arbeiterpartei zwar „ein Spröß des Vereins für Sozialreform“ genannt, aber mit dem Hinzufügen, daß sich dieselbe als ein selbstständiger Zweig derselben unter der vorläufigen Leitung des Hofpredigers Stöcker konstituiert habe.“ Die Weitherzigkeit, mit welcher Jeder, der religiös kein Atheist ist, als Kampfgenoß begrüßt und selbst eine bloß philosophische Stellung zu den religiösen Fragen als zulässig erklärt wurde, erwies sich daher, wie wir es von Anfang an vorhergesagt haben, als eine ausgestellte Leimrute, um Sumpel zu fangen. Das Ganze ist ein Versuch, die sozialistische Bewegung zu Gunsten der nach Alleinherrschaft in der Kirche strebenden hierikal-orthodoxen Richtung auszubenten und nebenbei nach oben hin als sicherste Stütze des Thrones sich

*) Neue Evangelische Kirchen-Zeitung.

Gesundheit eingebüßt hat und stottern wurde. Er sagt nämlich, da man die Verteidiger durch bewaffnete Krieger überwachen läßt, so ist es eine Ehrensache aller Angeklagten, gegen ein solches Verfahren zu protestieren und auf die Verteidigung zu verzichten. „Ich bitte meinen Verteidiger um Entschuldigung für die ihm angethane Schmach seitens des Gerichtshofes. Ich bin hier nur durch Gewalt und verzichte auf das Verhör der Zeugen und meine eigene Verteidigung, und bitte, mich aus dem Saale zu entfernen.“

Da die Angeklagten auf die Verteidigung verzichten, wird zum Verhör der Zeugen geschritten.

Aus diesem Verhör erfahren wir, daß die Aussagen der meisten Zeugen von den Voruntersuchungsrichtern und Gensdarmen zusammengestellt worden sind. Die Zeugen beschwören sich, daß das Meiste in ihren Aussagen falsch ist. Um die Zeugen einzuschüchtern, wurden sie in der Voruntersuchung hinter Schloß und Riegel gesteckt und so lange dort gehalten, bis sie die von den Gensdarmen gewünschten Aussagen gaben. Ein Zeuge sagt: Man gab mir zu verstehen, „wenn Sie nicht sagen, was wir als Thatsachen zu wissen wünschen, so werden Sie lange, lange hinter Schloß und Riegel bleiben.“

Der Staatsanwalt weist darauf hin, daß die Aussagen von den Zeugen unterzeichnet sind, und darum wären sie wahr. Die Zeugen behaupten, daß sie dazu gezwungen wurden. Im weiteren Verhör erfahren wir, daß zwei Zeugen sogar in die Verbannung geschickt wurden.

In der Sitzung vom 27. Oktober erklärt der Angeklagte Kabinowitsch alle seine in der Voruntersuchung gegebenen Aussagen für falsch; solche Aussagen gab er deshalb, weil man ihm die Freilassung versprochen habe. Ein anderer Angeklagter Dzubowsky erklärt auch die seinigen, durch Gewalt ausgepressten Aussagen für grundfalsch. „Ich war, sagt er, bei meiner Verhaftung noch ganz jung, man sperrete mich in eine abgeschlossene Zelle und nötigte mich, den Gensdarmen gewünschte Auskünfte zu geben, was ich bei meiner Unerfahrenheit auch that. Jetzt erst begreife ich die ganze Niedertreulichkeit meiner Handlungen und erkenne, daß ich absichtlich gelogen habe.“

In dieser Sitzung verzichten auch die Angeklagten der 2. Gr. auf ihre Verteidigung. Ein Angeklagter Vermontoff sagt dabei, daß die Regierung das beurteilende Verdict schon fertig habe, und darum wäre es besser, dieser Komödie ein Ende zu machen.

Das Verhör der Zeugen folgt, und war sehr widersprechender Natur. Wir finden hier einige sehr interessante Aufklärungen der Zeugen betreffend einen Angeklagten Jarzess, der als Lehrer im Gouvernement Twer lange Zeit fungiert hatte. Jarzess war ein reicher Gutsbesitzer, der sein Gut verkauft hatte, um mit dem Gelde die Propaganda zu unterstützen. Die Zeugen erklären, daß er außer seinem Lehramte noch ein Stück Land als Bauer besaß, ja, daß er sogar in Petersburg bei einem Bau als Steinträger beschäftigt war, um leichter unter den Arbeitern Propaganda zu machen. Die Arbeiter hatten ihn sehr gern. Nur die reichen Bauern waren über ihn schlecht zu sprechen. Die gegen ihn auftretenden Zeugen bestanden meistens aus gusseiternen Bauern. Bemerkenswert ist hier, daß die armen Zeugen mehr für Jarzess sprachen.

In der Sitzung vom 28. Oktober erscheinen meistens solche Zeugen, die sich als Spione der Gensdarmriege entpuppten. Einige dieser von der Regierung gebundenen Zeugen fungierten schon in mehreren politischen Prozessen, so z. B. ein Individuum Namens Kopytschkin, der schon in drei politischen Prozessen als Zeuge sein Wesen trieb. Die Aussagen dieser sind glatt und vollständig und entsprechen genau ihren vor 3—4 Jahren abgegebenen Aussagen. Der Zeuge Kor. weiß sogar genau alle die vor 3—4 Jahren in den Arbeiterzusammenkünften vorgelesenen Bücher anzugeben und was gesprochen wurde. Uebrigens stand ihm auch noch der Präsident zur Seite; Kor. giebt an, daß die Angeklagten auch Arsenalen in mehreren Orten Rußlands besitzen, daß sie erzählt haben sollen, im Auslande gäbe es keine

zu empfehlen. Die jüngste Kundgebung des Vereins, über welche wir weiter hinten berichten, läßt darüber gar keinen Zweifel mehr zu.

Völlig unklar bleibt nun bei dieser bereits anerkannten Unterscheidung zwischen „Christlich-soziale Arbeiterpartei“ und „Centralverein für Sozialreform“, in wessen Diensten der „Staatssozialist“ steht, der, nach seinem Inhalt zu urtheilen, in seinem bei Weitem überwiegenden Theile von den Arbeitern der christlich-sozialen Agitation inspiriert zu sein scheint. Uebrigens bestätigt der in Nr. 5 des „Staatssozialisten“ mitgetheilte Programmentwurf uns vollkommen unsere schon wiederholt ausgesprochene Ansicht, daß evangelische Geistliche, die es unternehmen, in der Weise, wie es hier geschieht, in das Gebiet der Wirtschaftsklehre hinüberzugreifen, das alte Wort zu vergessen scheinen: „Schuster, bleib bei Deinem Leisten“. Wenn da die Herbeiführung obligatorischer, sachlich geschiedener, aber durch das gesammte Reich hindurchgehender Fachgenossenschaften gefordert wird, wenn die Errichtung obligatorischer Schiedsgerichte, Wittwen- und Waisen-, sowie Jubiläen- und Altersversorgungskassen als eine der Aufgaben bezeichnet wird, wenn in einem anderen Satze von dem „arbeiterfreundlichen Betriebe des vorhandenen Staats- und Communal-Eigentums“ geredet wird, wenn die progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung“ aufgestellt wird, so werden damit komplizierte wirtschaftliche Probleme berührt, zu deren Lösung nationalökonomische Studien, welche von jenen christlichen Sozialisten augenblicklich bisher nur in ungenügender Weise gemacht wurden, erforderlich sind.

Wenn eine „thunlichste Erhöhung der Löhne und Abkürzung der Arbeitszeit“ als anzustrebendes Ziel bezeichnet wird, so mögen das ja Phrasen sein, die hier und da einem unter den sozialen Nothständen leidenden Arbeiter Sand in die Augen streuen, aber daß keine Lohnerhöhung möglich ist, ohne auf den Abgang der Arbeitsprodukte und auf die Preise aller Lebensbedürfnisse eine Rückwirkung auszuüben, dieser Schwierigkeit wird nicht einmal gedacht. So weit aber der Programmentwurf gesunde und berechtigte Forderungen aufstellt, wie z. B. „thunlichste Verhinderung der Sonntagsarbeit, Einschränkung der Arbeit von Kindern, liebevolle und thätige Theilnahme an allen Bestrebungen, welche auf eine Erhöhung des leiblichen und geistlichen Wohles, sowie auf die sittlich-religiöse Erhebung des gesammten Volkes gerichtet sind“ u. s. w., enthält derselbe nichts, um dessen willen es sich eine Partei zu bilden verlohnt, denn das Alles sind Forderungen, die nicht bloß von den mannigfachen Bestrebungen der inneren Mission, sondern auch von der staatlichen Gesetzgebung längst in der ernstesten Weise ins Auge gefaßt worden sind.

Die „Magdeburgische Zeitung“ hat ganz recht, wenn sie die Stöcker'sche christlich-soziale Arbeiterpartei trennt von dem Verein für Sozialreform. Professor Adolf Wagner giebt sich auch alle Mühe im „Staatssozialist“, sich diese Mader vom Hals zu

könige, daß man das Volk zu Revolten zwingen müsse u. s. w. Ein anderer Zeuge gesteht, zum großen Aerger des Präsidenten, daß er nach jeder Zusammenkunft mit den Arbeitern und Propagandisten sich in die 3. Abteilung (geheime Polizei) begeben habe, um dort Alles zu Protokoll zu bringen. Auf die Frage eines Verteidigers, warum er das gethan habe, erklärte der Zeuge, daß das seine Pflicht war, und daß er und noch einige seiner Freunde im Auftrage der 3. Abteilung gehandelt haben. Auch erzählte der Zeuge, daß ein jeder gut geschulte Arbeiter ins Innere des Landes geschickt wurde, um zu propagandieren. Auf diese Aussage des Zeugen erklärte der Staatsanwalt, daß der Zeuge nur die Pflicht eines jeden ehrlichen Menschen und ordentlichen Bürgers erfüllt habe, da die Studenten sehr schädliche und abscheuliche Ideen den Arbeitern eingaben. Der Staatsanwalt bittet den Zeugen, auch in Zukunft so fortzufahren. Vor Schluß der Sitzung wurde noch ein Zeuge vorgeführt, der selbst erklärt, daß seine Aussagen unter Androhungen der Gensdarmen gegeben worden, und darum mit Vorsicht aufzunehmen seien.

Das die ganze Komödie der Verhandlungen. Ich gestehe, daß ich nur die äußere Seite der Sitzungen und auch die äußerst mangelhaft gebracht habe. Sobald ich aber das ganze Material in Händen habe, werde ich ausführlicher darüber berichten. Nur soviel sei gesagt, daß von 196 Angeklagten mehr als 100 Mann unter einer Bürgschaft von fast 500,000 Rubel entlassen worden sind. Das Urtheil wird in einigen Tagen veröffentlicht werden.

An vorstehenden Bericht reihen sich zwei Aktenstücke, die wir hier folgen lassen:

I. Ein Schreiben der russischen studirenden Jugend an den russischen Justizminister Grafen Polen.

In Erwägung: 1) daß die sozialistischen Lehren in Rußland auf's strengste durch das Gesetz und dabei in solchem Maße wie nirgends in Europa verfolgt werden; 2) daß Personen für politische Vergehen und für das Streben, dem Volke in seiner unglücklichen Lage zu helfen, nach Sibirien und zu Bergarbeiten verurtheilt werden; 3) daß man vielen von diesen Personen, nachdem man sie 3—4 Jahre in Untersuchungshaft gehalten hat, schließlich doch zugeben mußte, daß ihre Thätigkeit dem Staat nicht gefährlich sei; 4) daß die Untersuchungshaft solchermaßen grausam ist, daß Tod, Wahnsinn und Krankheiten aller Art die Folgen davon sind; 5) daß man diejenigen, die zu 15 Jahren schwerer Bergarbeit, und das nur wegen Theilnahme an einer Demonstration, verurtheilt, so unmenschlich behandelt wurden, wie nirgends in Europa mit Dieben und Spitzbuben umgegangen wird; 6) daß man den Freunden und Verwandten das Vergräbnis der in den Kerker Verstorbenen nicht erlaubt, indem die Regierungsvorgesetzten die Leichen stellen und heimlich verscharren, wie dies mit zwei unlangst im Kerker Verstorbenen geschehen ist; In Anbetracht alles Dessen erlauben wir uns, Ev. Excellenz im Namen der gesammten studirenden Jugend unsere Theilnahme an denjenigen Personen auszudrücken, die sich Sozialisten nennen; weiter fragen wir, ob Ev. Excellenz die Menschenrechte für diese Unglücklichen anerkennen und ob die russische Regierung die unmenschliche Behandlung der Sozialisten fortzuführen gesonnen sei?

II. Protest der Moskauer studirenden Jugend.

In Anbetracht, daß die russische Regierung schonungslos alle ehrlichen Leute verfolgt; in weiterem Anbetracht, daß das ganze Reich, von der Macht des Despotismus erdrückt, zu Schweigen gezwungen ist, sind wir, die russische Jugend, moralisch verpflichtet, die Ungerechtigkeit und Niedertreulichkeit unserer Regierung vor den Augen der ganzen russischen Gesellschaft aufzudecken. Wie lange noch wird die Regierung Ideen verfolgen

halten, indem er durchaus nicht unbedeutlich in seinen ökonomischen Kritiken dem Herrn Stöcker schon meismals, wenn auch auf indirekte Weise zugerufen hat: „Schuster bleib bei Deinem Leisten!“

Correspondenzen.

Leipzig, 3. Februar. Zu den Städten, welche eine Protestversammlung gegen die seitherige Politik der deutschen Reichsregierung in der „orientalischen Frage“ aufzuweisen haben, ist nun auch Leipzig getreten. Die betreffende Versammlung, welche von nahezu 3000 Personen besucht war und in welcher Genosse Liebknecht in einer zweistündigen Rede die Politik der Reichsregierung angriff, fand am 1. Februar in der „Tonhalle“ statt. Liebknecht bewies in seiner Rede zunächst, daß die Haltung der herrschenden Parteien gegenüber der auswärtigen Politik des Fürsten Bismarck eine geradezu schwachvolle und des deutschen Volkes unwürdige sei, da sie freiwillig darauf Verzicht geleistet hätten, dieselbe zu kontrollieren und zu beeinflussen; man hätte darum auch ihn — Liebknecht — von allen Seiten angefeindet, weil er in einem Briefe an einen Freund in England, aus welchem ein Theil in die englische Presse übergegangen war, geküßert habe: es werde dafür gesorgt werden, daß das deutsche Volk seine Stimme gegen die russenfreundliche Politik des Fürsten Bismarck erheben könne, — und daß im deutschen Reichstage der Versuch gemacht werden würde, eine Interpellation einzubringen. Denn in demselben Augenblicke zu schweigen und dem Volke Schweigen aufzulegen zu wollen, wo dessen wichtigste Interessen auf dem Spiele stehen, heißt Selbstmord begehen, heißt das Volk verrathen. Redner wendet sich dann zu Rußland, dessen Politik er nach jeder Richtung hin beleuchtet und als eine solche bezeichnet, die schon seit langer Zeit sowohl dem Wohle des eigenen Volkes verderblich, als dem übrigen Europa gefährlich gewesen sei. Als ein consequenter Ausfluß dieser Politik sei auch der gegenwärtige Krieg gegen die Türkei zu betrachten, mit dem alles Andere, nur keine Befreiung der Balkanländer von dem sogenannten Türkenjoch beabsichtigt sei. Rußland, das nach der Welt Herrschaft strebe und das schon verschiedene Völkermorde auf dem Gewissen habe, wolle auch jetzt nichts weiter, als die — wenn auch nicht völlige Vernichtung der Türkei, woran es namentlich von England gehindert werde —, mögliche Schwächung der Türkei, um dieselbe später bei passender Gelegenheit aus der Balkanliste ganz streichen zu können. Und diese barbarische Politik, die über kurz oder lang auch Deutschland bedrohen kann, ja sehr wahrscheinlich bedrohen wird, diese Erobererpolitik unterstütze Fürst Bismarck. Das dürfte nicht gebudelt werden. Deutschland sei ein Culturstaat, und als solcher müsse es das despotische Rußland bekämpfen, anstatt ihm Dienste zu leisten.

Nach Liebknecht, dessen Vortrag sehr beifällig aufgenommen worden war, meldete sich als Gegner ein Herr Dr. Fränkel zum Wort, der sich alle Mühe gab, auf der Höhe des Rational-

und deren Verfechter in den Kerker mantera und mit ihnen die unerträglichsten Verhöhnungen zu treiben?

Sind denn der russischen Gesellschaft jene Verfolgungen unbekannt, die alle diejenigen treffen, welche die wahren Interessen des Volkes vertreten? Weiß das Volk nicht, wie viele seiner Kinder infolge der erbärmlichen Gerichtsbarkeit zu Grunde gehen? In der Untersuchungshaft des Sozialistenprozesses, die vier Jahre lang dauerte, sind fast hundert Menschen umgekommen. Weiß das Volk nicht, wie und warum seine Kinder unkommen? Sie gingen zu Grunde infolge der schlechten Behandlung, infolge der Tyrannei der Gensdarmen und Staatsanwälte — einer Tyrannei, welche nicht davor zurückschreckt, diejenigen in Ketten zu legen, die keine Zeugnisse ablegen wollen. Gestorben sind: drei und vierzig durch Selbstmord zwölf, durch mißlungenen Selbstmord drei; wahrhaftig wurden achtunddreißig Gekerkerte. Das die Folgen der Humanität der russischen Regierung, derselben Regierung, die der Türkei wegen ihrer „Inhumanität“ den Krieg erklärt hat.

Und nun, nachdem so viele junge Leute zu Grunde gerichtet wurden, erklärt der Staatsanwalt in seiner Anklage, daß eigentlich von den 196 Angeklagten nur zwanzig für schuldig zu erklären seien, die übrigen sind schuldlos und nur wegen der besseren Orientierung und Aufklärung der Propaganda zur Vervollständigung des Bildes herangezogen worden.

Und alle diese Verfolgungen, Verbannungen und Leiden nur deshalb, weil in unserem Vaterlande jeder freie Gedanke, jedes freie Wort, jede freie Regung auf's strengste verpönt ist. — Und darum brechen wir unser Schweigen, brechen es im Namen der Menschheit und protestieren gegen die Bestialität unserer Regierung, welchem Protest alle ehrlichen Leute unseres Vaterlandes ihre Zustimmung nicht verlagen werden.

Erlebtes, Skizzen und Novellen von Wilhelm Hasenclever ist der Titel eines Bändchens belletristischer Arbeiten aus der Feder unseres bekannten Parteigenossen, welches im Verlage von Wils. Köhl in Leipzig erschienen ist und in der Genossenschaftsbuchhandlung eine seinem Inhalte entsprechende gefällige Ausstattung empfangen hat.

Der erste Theil unter dem Titel „Erinnerungen aus dem Soldatenleben“ umfaßt jene längere Reihe militärischer Skizzen, welche die „Neue Welt“ im zweiten Jahrgange ihren Lesern geboten und welche nicht allein deshalb, weil den ungenannten Verfasser die Schilderungen selbst vertrieben, in weiteren Kreisen Interesse erregt haben. An die Stelle der eigenen Erlebnisse, wie sie den Inhalt der Soldatenskizzen Hasenclever's bildeten, treten in der darauf folgenden Novelle „Eine entscheidende Reichstagsagung“ Begebenheiten unseres Gesellschaftslebens, dessen Signatur in allen sozialen Schichten, besonders aber in den Kreisen der fälschlich sogenannten besseren Gesellschaft heillose Heißversetzung und Sittenverderbnis ist. Hasenclever brauchte bloß aus der Fülle seiner Erfahrungen ein paar interessante Vorkommnisse herauszugreifen und sie mit einander geistig zu verknüpfen, um ein Stück Leben auf das Papier zu werfen, wie es bei geschickter novellistischer Behandlung einen jeden festhält, einen jeden zur sympathischen Theilnahme zwingen muß. Den Schluß des „Erlebtes“ bildet das Sittenbild „Glückliche Ehen“, in welchem der Verfasser einen wohlbekannten, vielgeliebten und vor noch nicht langer Zeit dahingeschiedenen Politiker, der selber fruchtbarer Novellist gewesen, einen pilantem und für die herrschende Sittlichkeit äußerst charakteristischen Theil all des Verwerflichen und Verworfenen erzählen läßt, was dessen scharfe Augen trotz des täuschenden Vorhanges christlich-germanischer Ehrbarkeit in den hohen Regionen unserer Heburkaristokratie erlugt haben. — Die Freunde und Kenner unserer belletristischen Literatur mögen sich überzeugen, wie interessant Hasenclever's Feder „Erlebtes“ wiederzugeben vermag.

liberalismus ein Loblied auf Bismarck und den russischen „Erbfreund“ anzustimmen. Die Versammlung ließ den Mann ruhig gewähren, hörte dann noch einen „Anarchisten“ Namens Werner mit an und nahm schließlich, nachdem Liebknecht noch den national-liberalen Bismarckianer abgefertigt hatte, folgende Resolution mit allen gegen 11 Stimmen an:

„Die heute, den 1. Februar 1878, in der Tonhalle zu Leipzig tagende, von circa 3000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt energisch gegen die bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert dieselbe auf, nicht nur dem menschenmordenden Kriege im Orient energisch entgegen zu treten, sondern auch ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, daß baldigst ein, die Interessen aller Nationen garantirender Friede geschlossen werde.“

Dresden, 4. Februar. In der am 2. d. M. stattgefundenen Jahres-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins wurde der bisherige erste Vorsitzende M. Grundig wiederum gewählt und dabei zugleich im Prinzip beschlossen, denselben auf Vereinskosten zum Besuche der in diesem Jahre zu Paris stattfindenden Weltausstellung abzuordnen. Der Verein hofft, daß dieses sein Vorgehen recht viele Arbeiter-Corporationen veranlassen möge, ihrerseits ebenfalls Delegirte nach Paris zu senden, damit der Einladung unserer französischen Brüder in möglichst hohem Maße entsprochen werden kann.

Mainz, 31. Januar. (O welche Lust, Soldat zu sein.) Dieser Tage fand man in Hechtsheim in einem Strohhäusen die Leiche eines seit dem 13. Dezember vermißten Soldaten des 118. Infanterie-Regiments auf, der sich das Leben genommen hatte. Auf die Frage, warum sich der junge Mann das Leben genommen hat? könnte die militärischen Vorgesetzten des Selbstmörders die beste Antwort ertheilen, doch diese werden Schweigen, oder aus guten Gründen den Sachverhalt unrichtig darstellen; wir aber wissen, daß wir es mit einem der Opfer zu thun haben, die der Militarismus alljährlich mit unerbittlicher Strenge in großer Anzahl fordert.

Hannover, 10. Januar. (Situationsbericht.) Es ist weder Rücksicht noch Rückgang in der hiesigen Bewegung die Ursache, daß von hier so lange kein Bericht in dem „Vorwärts“ erschienen ist, sondern es ist lediglich der Stoffmangel daran schuld. Einfache Versammlungsberichte zu bringen, halten wir für unnötige Arbeit, und die Spalten unsers Hauptorgans mit dem Wochenschriften der hiesigen Blätter zu füllen, hieß die Leser langweilen. Doch hat sich endlich ein Fall ereignet, welcher sich der Mühe lohnt in die Öffentlichkeit gebracht zu werden. Bei der letzten Reichstagswahl gaben die hiesigen Liberalen im ersten Wahlgang etwa zehn Wahlschriften heraus, selbstverständlich waren dieselben nur mit Verdächtigungen aus den Pforten des Pastor Schuker und von Unruh angefüllt. Bei der Stichwahl zwischen Carl Frohme und den National-Liberalen Dr. Weigel hatten die Kulturkämpfer nichts eiligeres zu thun, als ein weiteres Flugblatt mit der Aufschrift: „An unsere katholischen Wähler“ herauszugeben. Das Interessante hierbei ist nicht etwa, daß in dem Flugblatt die Sozialisten als Gottesläugner bezeichnet werden, sondern das dieses Flugblatt ohne alle und jede Unterschrift verbreitet werden durfte. Dann folgte ein Flugblatt in Briefform mit 380 Exemplaren, welches an die Ortsvorstände verhandelt wurde, dieses mit dem Namen Zimmermann, Vorsitzenden des liberalen Wahlvereins unterzeichnete Flugblatt gab damals zu einer öffentlichen Versammlung Veranlassung. In derselben wurde nachgewiesen, daß in diesem Vorgehen nicht allein die Absicht, uns zu verdächtigen liegt, sondern man wolle noch mehr als die Wahl beeinflussen, und beschloß diese Versammlung mit einer öffentlichen Erklärung diesem Treiben entgegen zu treten und zwar sollte die Entgegnung an unser noch im Saal befindliches Flugblatt angehängt werden, was auch geschah. Diese Entgegnung nun jog dem Genossen Dabbach und dem Faktor der Buchdruckerei Hornmann, eine Anklage wegen Beleidigung zu, deren Resultat war, daß Dabbach zu 120 Mark oder 10 Tagen Haft und Hornmann zu 30 Mark oder 3 Tagen Haft verurtheilt wurde. Natürlich ist die Berufung gegen das Urtheil angemeldet.

Frankfurt a. O., 31. Januar. Sonntag, den 30. d. M., hatten wir hier eine Volksversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Entstehung der Parteien und deren Nutzen für das Volk.“ Genosse Wiewler aus Köthen, welcher zum ersten Male in Frankfurt a. O. war, hatte das Referat übernommen. Nachdem der Redner den Einfluß der Parteien auf die Gestaltung des Volkes geschildert, kam er zu dem Schlusse, daß, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt sein werde, überhaupt alle Parteien aufgehört haben werden. Dem Genossen Wiewler wurde von der gut besuchten Versammlung reichlicher Beifall zu Theil. An der Debatte betheiligten sich viele Genossen, jedoch nur ein Gegner — unser altbekannter Herr Bogt, welcher aber ziemlich schnell zum Schweigen gebracht wurde. —

Montag, den 28. Januar, hatten wir eine sogenannte Wieder-Versammlung einberufen, welche sehr zahlreich besucht war; Veranlassung zu der Wieder-Versammlung gab eine Versammlung der Hauswirthin zur Gründung eines Vereins, der seine Spitze insbesondere gegen die schlechten Miethszähler richten sollte; doch wird dieser Verein ebenso bald zu existiren aufhören, als vor zwei Jahren der Consumverein. — Am 29. Januar wurde Parteigenosse D. Siegerich vom hiesigen Kreisgericht zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt, angeblich wegen Beleidigung der Oberstaatsanwaltschaft; die Appellation ist erfolgt. — Die Arbeitsverhältnisse hier in Frankfurt a. O. sind wohl ebenso schlecht als in jeder andern Stadt, denn Arbeitslosigkeit und Lohnmangel sind an der Tagesordnung.

Parteigenossen Frankfurts! sorgt für weitest mögliche Verbreitung des „Vorwärts“ und der „Berliner Freien Presse“, denn die Presse ist unsere beste Waffe. **C. S.**

Posen, 31. Januar. Gestern fand hier zum ersten Male eine von sozialistischer Seite einberufene Volksversammlung statt, in welcher der Redakteur Maximilian Schiesinger aus Breslau einen Vortrag über „die Ursachen des gegenwärtigen Notstandes und die Möglichkeit der Beseitigung desselben“ hielt. Auch Mittheilung hiesiger Blätter war von Seite der Gewerkvereiner der Versuch gemacht worden, von auswärtig „mächtige Redner“ heranzuziehen, welche den „schlagfertigen und redigewandten“ Sozialisten gewachsen wären. Die Versammlung war aber sehr zahlreich besucht, es waren circa 400 Personen aus allen Ständen zusammengekommen, und Hunderte, die keinen Zutritt mehr fanden, hielten sich vor dem Eingange auf. Schon bei der Bureauwahl kam es zu stürmischen Austritten zwischen den beiden anwesenden Parteien, Gewerkvereiner und Sozialisten; doch einigte man sich schließlich dahin, aus jeder Partei einen Vorsitzenden, die Herren Neubauer (Sozialist) und Rühlert (Gewerkvereiner) zu wählen. Nunmehr erhielt Schiesinger das Wort; doch gelang es ihm nur mit Mühe, sich in der sehr unruhigen Versammlung Gehör zu verschaffen. Sein klarer sachlich gehaltener Vortrag fand jedoch großen Anklang und überzeugte auch viele Gegner, daß die Herren Liberalen lediglich die Sozialdemokraten verdächtigten. Nach dem Referenten

erhielt der Adressat des Formicaepistols, Redakteur Simon aus Stargard das Wort, der den ihm vorausgegangenen Ruf als „mächtiger Redner“ nicht gerade rechtfertigte. Da Herr Simon sich keines besonders kräftigen Organs erfreut, so gelang es ihm auch nicht, sich allgemein verständlich zu machen, und die Unruhe, über die schon der Vorredner zu klagen hatte, nahm in dem überfüllten Saale noch zu. Hauptächlich spekulierte der Redner auf den preussischen Patriotismus der Anwesenden; allerdings ein unglücklicher Einfall, da die Zuhörer zum Theil polnische Arbeiter waren. Parteigenosse Grün, der nunmehr das Wort erhielt, verzichtete zu Gunsten Schiesingers auf dasselbe und der letztere widerlegte mit Leichtigkeit die Simon'schen Einwände. Nach ihm sprach unter steigender Unruhe Redakteur Wiener („Deutsche Zeitung“). Er erklärte den Arbeiterstand für den „edelsten“ Stand der Gesellschaft, bezichtigte den Vortragenden der Unkenntnis, indem er zu diesem Behufe dessen Worte verdrehte, und meinte dann: „Was haben denn die Sozialisten zur Beseitigung des Nothstandes gethan? Sie haben Strikes herbeigeführt.“ Auf diese Worte folgten zahlreiche Zwischenrufe: „Die Gewerkvereine auch!“ u. dgl. m., und die Unruhe wurde so lebhaft, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Die Anwesenden entfernten sich nun langsam und die sozialistische Partei konnte, wenn sie auch wünschte, daß der Verlauf weniger stürmisch gewesen wäre und ein friedliches Ende erreicht hätte, doch mit dem Resultat zufrieden sein. Es sind zahlreiche Abonnenten auf unsere Parteiorgane gewonnen worden und die Mitglieder der Gewerkvereine sind von den irrigen Ansichten über die Sozialdemokratie vielfach zurückgekommen. Beim Ausgange aus dem Saal bemerkten wir noch den von seinen Gesinnungsgenossen hierher berufenen Bureau-dieners Bujarski aus Berlin, der es schlauer Weise so einrichtete, daß er angeblich den Zug verpaßte und zur Versammlung zu spät kam. Dafür entschädigte er sich dann, indem er nachher im Kreise seiner Getreuen tüchtig auf die Sozialdemokratie räsounierte.

Hannover. Bei dem im Laufe des Monats August und September in Linden stattgehabten Ausbruche einer Trichinen-Epidemie drängt sich uns unwillkürlich die Frage auf: Wie kommt es, daß immer in Arbeiterquartieren sich die Trichinose besonders zeigt und in den Arbeiterfamilien die meisten Opfer fordert? Die Beantwortung dieser Frage liegt auf der Hand. Der Proletarier muß das essen, was der Bourgeois nicht essen mag, er muß seine Nahrungsmittel ebenso theuer bezahlen wie jeder Andere, aber — es kommt ja nicht darauf an, was er verzehrt, er ist ja nur ein Proletarier.

So denkt wenigstens der Lieferant, von dem der Arbeiter seine Waare bezieht, und wie vor mehreren Jahren auch in London circa 600 Proletarier an der schrecklichen Trichinenkrankheit erkrankten und über 60 starben, rein deshalb, weil der betreffende Schlächter nicht gewillt war, 1 Mk. resp. 75 Pf. an den Fleischbeschaumer zu entrichten, so ist auch bei der jetzigen Epidemie durch die Polizei constatirt, daß der Schlächter, von dem die Erkrankten ihr Schweinefleisch bezogen haben, zwei Schweine nicht hat untersuchen lassen, und zwar genau in der Zeit, woher man die Infektion datirt. Warum wagt ein Schlächter in der Stadt nicht, seinen Consumenten nicht untersuchtes Schweinefleisch zu verkaufen? Er hütet sich, denn seine Kunden könnten ja eher etwas merken, bei ihrer eventuell zarteren Constitution, und sein Ruf wäre für immer dahin.

In London aber, der Proletarier, der kann dergleichen ertragen, und wird er krank, auch einzelte, was schadet's? Nach einigen Monaten ist Alles wieder vergessen und das Geschäft blüht wie früher. Wir erinnern nur an die frühere Epidemie. Derselbe Schlächter, welcher damals gerichtlich bestraft wurde (für einige 60 Todesfälle 1 1/2 Jahr Gefängniß) hat ein eben so rentables Geschäft wieder wie früher, denn es waren ja nur Proletarier.

Darum, Ihr Arbeiter, seid einig und nehmt Eure Waaren nur von solchen Leuten, die Euch wirklich gute Waaren verabfolgen, selbst wenn Ihr einige Schritte weiter gehen müßt. Haltet zusammen und Ihr werdet stark sein, denn Einigkeit macht stark.

Schließlich aber wollen wir nicht unterlassen, der Polizei in Linden unreife volle Anerkennung zu Theil werden zu lassen, denn wie wir aus sicherer Quelle gehört haben, hat dieselbe sich mit dem größten Eifer der Sache angenommen.

Stettin, 31. Januar. In der Nachbarstadt Grabow scheinen die drei Maschinenfabriken, welche in dieser Hinsicht von Einfluß sind (der „Vulkan“, Müller und Hollberg, beides Aktien-Gesellschaften, und die Maschinenfabrik von Aron und Gollnor), den Beginn des neuen Jahres für geeignet gehalten zu haben, ihren Arbeitern ein Neujahrsgeschenk zu machen. In der Fabrik von Aron und Gollnor sind die Löhne, laut Anschlag, um 10 Procent reduzirt. Im „Vulkan“ weiß man nur noch nicht den richtigen Modus ausfindig zu machen. Hauptächlich gilt dies betrifft der Zimmerleute, von denen das Institut jetzt noch ca. 120 gegen früher 200 beschäftigt. Müller und Hollberg sind den beiden letzteren Fabriken schon früher mit gutem Beispiel vorgegangen. Der Lohnsatz von Arbeitsleuten beträgt jetzt höchstens 20 Pf. pro Stunde, indessen hatte sich der Lohn für die Schlosser, Schmiede, Tischler etc. den alten Stamm bis jetzt auf dem früheren Niveau erhalten, was nun auch ein Ende hat.

Briefkasten

der Redaktion. R. B. in H.: Moralisch sind Sie entschieden im Recht; juristisch aber können Sie Entschädigungsansprüche nicht erheben, da Sie eine Vorladung hätten abwarten müssen. — F. J. Ehrhart in London: Die von Ihnen ausgesprochene Vermuthung ist so ziemlich richtig, und Ihre Voricht wohl am Platze. — H. R. in Widau: Wir können unverwehrt Ihre Manuskripte nicht allemal zurücksenden, weil wir sonst eine ungeheure Ausgabe für dergleichen Porto machen müßten. Was Ihr Anerbieten neuer Zusendungen betrifft, sollen sie uns willkommen sein und im „Vorwärts“ Aufnahme finden, sofern sie allgemein interessant und lehrreich sind. — K. K. in Dittersbach b. Waldenburg in Schlesien: Wenn Sie bei Ihrer Verbeirathung sich bestimmen ließen, wieder in die Kirche einzutreten, so müssen Sie eben auch gewärtigen, daß man Sie „zu den Kiralichen rechnet“, wenn Sie selbst es auch nicht thun. Strohfällig sind Sie nicht. — Ein Parteigenosse in Löhna: Wenden Sie sich doch an die Redaktion des „Hamburg-Altonaer Volksblatt“. — J. E. in Hohen-Schönhausen: Machen Sie die Bestellung bei unserer Expedition. Ihre Correspondenz können wir nicht aufnehmen, da sie uns fester iltiche Klagen einbringen würde. — R. K. 100: Ihr Austritt aus der Bundesliste ist durch Ihren Wieder-eintritt in dieselbe allerdings rückgängig gemacht; die Angelegenheit mit dem Standesamt lösen Sie jetzt besser ruhen, wir möchten Ihnen aber rathehen, in Zukunft nur der Wahrheit entsprechende Angaben zu machen; wenn Sie übrigens glauben, daß Sie als Nichtszähler keine Schultsteuer zu entrichten haben, so befinden Sie sich im vollkommenen Irrthum. — Der Expedition. D. Wehn in Mühlenthor: Sie können für Annoroe noch 10 Pf. — Lustenberger in Bern: Der Jahrgang vom „Volksblatt“ kostet 9 Mk.

Den Parteigenossen Stoffel (Spengler) im vorigen Jahre in Wandersbeck arbeitend, bietet um seine Adresse G. Fuchs, Spangoggenstr. Nr. 1 in Mainz.

- Quittung. Mr. Verden Ab. 10,90. Scharf Lübeck Ab. 11,70. 38 Königsberg Ann. 4,60. Größere Verein Kaufmann Ab. 2,50. C. Hoff Mainz Ab. 11,00. Dr. B. Würzburg Ab. 23,60. Ryzl hier Schr. 2,80. Eintrag Bern Ab. 4,00. Bhr Stuttgart Ab. u. Schr. 51,15. Hanz Flensburg Ann. 3,50. Schr. Dresden Ab. 150,00. Dr. C. Nader Ab. 31,60. Dittsch Stuttgart Ab. 4,60. B. B. München Ab. 30,00. Brückel Hierichberg Ab. 10,00. Ord. Stötterich Ann. 1,00. Ab. 9,80. Hart Connwitz Ab. 4,10. Höhe Hierichberg Plac. 0,70. F. Holz Schr. 1,00. S. Schr. 1,00. W. B. Schr. 0,60. Sch. Connwitz Schr. 1,00. S. Schr. 4,98. Abzn in London: 4,08 sind in Nr. 3 d. „B.“ emittirt.

Fonds für Gemafregelte.

L. Th. in Delänig i. B. Uebersehn der Volksverei. 5,00. B. G. F. in Klein-Hierichberg Uebersehn der Volksverei. 11,70. Sch. G. G. Connwitz Uebersehn der Volksverei. 9,00.

Flensburg. Arbeiter-Sängerbund. Montag, den 18. Februar, im Lokale des Herrn Kettelsen (Sandkova): [3,00]

Maskerade.

Karten für Herren 60 Pfg., für Damen 40 Pfg. sind an den bekannten Stellen zu haben. Anfang halb 8 Uhr. Auch Nichtmitglieder können theilnehmen. Um zahlreiche Theilnahme erwacht Das Comité.

Hamburg. Allgemeiner deutscher Tischlerverein. Dienstag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Häbner, gr. Rosenstraße 37:

Geschlossene Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1) Normalarbeitstag. 2) Unser Arbeitsbuch. G. Klaus. [7]

Leipzig. Krankenkasse der Metallarbeiter für Leipzig und Umgegend. Sonnabend Abend in der Thierm. Scharnwe, Tauscherstr. 12. Hauptversammlung. Tagesordnung: Statutenberathung. R. Ludwig. [9]

London. Communistischer Arbeiter-Bildungsverein. Dienstag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, findet derselbe sein XXXVI. Stiftungsfest

in der Franklinhall opposite Princess rooms Castle Street. Alle Mitglieder, Freunde und Gesinnungsgenossen sind hierzu freundlich eingeladen. Das Comité. Im Auftrag: F. J. Ehrhart.

Stötterich. Sonnabend, den 9. Februar, Abends 9 Uhr bei R. Biermann: **Öffentliche Sozialistenversammlung.** Die Agenten. [6]

Dem Genossen Otto Matthes zu seinem 21. Geburtstag donnerndes Hoch, daß die große Alt-Grund wackelt. (S. 260) [6]

Lager roher Tabake.

Brasil	50-150 Pf.
Domingo	50-90 -
Seedleaf	30-180 -
Carman	80-110 -
Palmyra	140-160 -
Java	90-250 -

Altona. Ferdinand Gätjens. Altona. Rathhausmarkt 36.

Im Verlage von Wilhelm Köhl in Leipzig ist erschienen:

Erlebtes.

Skizzen und Novellen.

von Wilhelm Hasenclever.

16 Bog. eleg. broch. Preis nur M. 1,20.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auch direkt von der Verlags-Veranstaltung gegen Einsend. von M. 1,20 direkt pr. Post franco. [38] Vorliegende Schrift ist durch die Expedition des „Vorwärts“ zu beziehen.

Rundschau

No. 2

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 1 abgerechnet haben.

Den Parteigenossen dringend zur Verbreitung empfohlen:

Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda. Erscheint monatlich einmal und kostet durch die Filial-Expeditionen bezogen 15 Pf., auf der Post vierteljährlich 60 Pf. excl. Bringerlohn. Verlag: Amelungsstr. 5, Hamburg.

„Der arme Conrad“.

Austritt Kalender für das arbeitende Volk pro 1878. (Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (182 Seiten stark). Ist in noch geringer Anzahl vorräthig.

Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gehftet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschuß. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuschreiben, für jedes Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzusenden, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme. Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Tugend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar.

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Häbnerstraße 12/II.

Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz-Grenadierplatz Nr. 8a.

Expedition des „Hamburg-Altonaer Volksblatts“, Hamburg, Amelungsstr. 5.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Leubnitz-Leipzig. Redaktion und Expedition Häbnerstraße 12 II in Leipzig. Druck und Verlag der Gesellschafts-Buchdruckerei in Leipzig.